



Trump hilft Orbán: Ungarn darf weiter russisches Öl kaufen

Donald Trump kommt Viktor Orbán entgegen - allerdings nur für ein Jahr. Immerhin: So vermeidet Orbán eine Priessexplosion vor der Wahl.

Michael Maier

09.11.2025 ↻ 09.11.2025, 19:21 Uhr



Ungarns Premierminister Viktor Orbán
Isabella Bonotto/imago

Donald Trump hat Ungarn eine Ausnahme von den Sanktionen gegen russische Ölkonzerne gewährt und will den Ungarn ein weiteres Jahr lang Energieimporte aus Russland erlauben. Das bestätigte ein Beamter des Weißen Hauses der BBC. Die Budapester Zeitung berichtet, mit der Befreiung von den US-Sanktionen auf russische Energieträger werde Ungarn „von ausufernden Benzin- und Gaspreisen verschont“: Via TurkStream flossen demnach 2024 rund 8,5 Milliarden Kubikmeter nach Ungarn und in die Slowakei, über die Druschba-Trasse bezog Ungarn demnach etwa fünf Millionen Tonnen Rohöl. Ministerpräsident Viktor Orbán sagte auf dem Rückflug von seinem Besuch beim amerikanischen Präsidenten, es sei gelungen, einen „Blitzableiter“ zu installieren. Sonst „hätten die Bürger und die Wirtschaft verheerende Auswirkungen der Sanktionen ertragen müssen“ Orbán weiter: „Wir haben eine Vereinbarung über einen Schutzschirm für unser Finanzsystem getroffen. Die USA werden Ungarn gegen externe Angriffe von Spekulanten oder politischen Gegnern schützen, um seine Finanzstabilität zu bewahren.“

Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó hatte zuvor erklärt, das Land habe „eine

unbefristete Ausnahmegenehmigung“ erhalten. Dies wurde vom Weißen Haus jedoch postwendend dementiert.



Vom Terrorführer zum Präsidenten: Warum der Westen Syriens Ahmed al-Scharaa jetzt hofiert

Einst Anführer der Nusra-Front, heute Staatsgast in Washington: Der Empfang al-Scharaas bei Trump am Montag markiert den Höhepunkt einer erstaunlichen politischen Rehabilitierung. Ein Gastbeitrag.

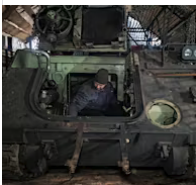
Von Karin Leukefeld

Donald Trump 09.11.2025



Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj verlangt dagegen auf Telegram einen Komplettstopp jeglicher Energieimporte in die EU. Die Ukraine werde nicht zulassen, dass die Russen Öl an EU-Staaten verkaufen könnten. Schon mehrfach habe „die Ukraine die Druschba-Pipeline auf russischem Gebiet angegriffen“, schreibt die dpa.

Donald Trump hat Orbán noch in einem anderen Punkt Unterstützung gewährt: Die US-amerikanische Agentur für globale Medien (USAGM) stellt die Finanzierung des ungarischsprachigen Dienstes „Szabad Europa“ von Radio Free Europe ein, Dazu schreibt Viktor Orbáns politischer Direktor, Balázs Orbán, auf X: „Radio Free Europe wurde ursprünglich gegründet, um freie und unzensurierte Nachrichten hinter dem Eisernen Vorhang zu verbreiten und spielte einst eine Schlüsselrolle bei der Förderung der Freiheit während des Kalten Krieges. Die Entscheidung der Trump-Administration markiert eine Rückkehr zu einer nüchternen, auf Verbündeten basierenden Zusammenarbeit, die auf gegenseitigem Respekt und einer ausgewogenen Partnerschaft fußt.“



Krieg als Katalysator: Die neue Waffenindustrie der Ukraine

Der Krieg hat das Land zum Innovationslabor gemacht. Private Unternehmen, Start-ups und internationale Konzerne prägen den Wandel der ukrainischen Rüstungsproduktion. Ein Gastbeitrag.

Von Jan Opielka

Politik 09.11.2025



Nach den massiven russischen Luftangriffen auf die ukrainische Energieinfrastruktur meldete die Ukraine am Sonntag Stromausfälle in weiten Teilen des Landes. In den meisten Regionen des Landes werde es zwischen acht und 16 Stunden lang keinen Strom geben, erklärte der Stromanbieter Ukrenergo laut AFP. Der Energieversorger Centerenergo sprach von den „schwersten Angriffen auf die Heizkraftwerke“ seit Kriegsbeginn. Am Sonntag attackierte die ukrainische Armee nach russischen Angaben mehrere Energieanlagen in russischen Grenzregionen.

Nach Angaben des ukrainischen Außenministers Andrij Sybiha hat Russland unter anderem zwei Umspannwerke für Atomkraftwerke in der Westukraine mit Drohnen angegriffen. Die Umspannwerke seien für die Versorgung der AKWs in Chmelnytskji und Riwne zuständig. Russland gefährde absichtlich die nukleare Sicherheit in Europa, erklärte Sybiha im Onlinedienst Telegram und forderte eine Krisensitzung des Gouverneursrats der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA). Überdies rief er China und Indien, zwei große Ölkunden Russlands, dazu auf, Moskau zu einem Ende der Angriffe zu drängen.

Dieser Artikel wurde auf berliner-zeitung.de veröffentlicht.